

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 184. Ratssitzung vom 28. August 2013

4204. 2013/136

Postulat von Ursula Uttinger (FDP) und Irene Bernhard (GLP) vom 10.04.2013: Prüfung der Erwerbsnachweise für subventionierte Krippenplätze durch die Verwaltung statt durch die Krippenleitungen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Ursula Uttinger (FDP)** begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3836/2013): Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist für die FDP ein wichtiges Anliegen. Kinderkrippen sind heute schon sehr stark reguliert und haben einen bescheidenen Handlungsspielraum. Die Prüfung der Erwerbsnachweise sollte aus unserer Sicht Aufgabe der Verwaltung sein. Ein Systemwechsel würde eine einheitliche Behandlung aller Eltern mit sich bringen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

***STR Martin Waser:** Es geht bei den Auflagen darum, dass die Kinder in einem optimalen Umfeld betreut werden sollen. Wir werden das prüfen und den Aufwand der Stadt genau berechnen. Wir werden diese Dienstleistung den Krippen nicht kostenlos anbieten.*

Weitere Wortmeldungen:

***Hedy Schlatter (SVP):** Der Erwerbsnachweis von Eltern für subventionierte Krippenplätze soll weiterhin von der Krippenleitung angefordert werden. Leider fordern die Familien immer mehr subventionierte Krippenplätze. Eltern brauchen für die Kombination von Beruf und Familie möglichst viel Freiraum, dadurch steigt auch der administrative Aufwand.*

***Dr. Jean-Daniel Strub (SP):** Die SP steht in vielen Fällen dem Public-Private Partnership kritisch gegenüber, die Zusammenarbeit der Stadt mit den Krippen funktioniert jedoch gut. Es sollen nun Aufwände an die Stadt übertragen werden, die Kosten generieren. Es ist fraglich, ob es nicht unpersönlicher wird, wenn die Stadt diese Überprüfungen durchführen soll und nicht mehr auf die individuelle Situation der Eltern eingehen kann. Es ist aber eine wichtige Forderung, die administrativen Aufwände der Krippen gering zu halten.*

2 / 2

Irene Bernhard (GLP): Die Verwaltung fordert, dass Eltern, die Subventionen für die Krippenplätze beanspruchen, jährlich einen Nachweis einreichen, dass sie die Anforderungen dafür erfüllen. Die Voraussetzung für Subventionen ist einerseits die Einkommensgrenze und andererseits auch die Frage, ob die Familie auf den subventionierten Krippenplatz angewiesen ist. Diese Voraussetzungen müssen von der Verwaltung überprüft werden. In diesem Zusammenhang kann auch die Arbeitsbescheinigung eingefordert werden.

Gerhard Bosshard (EVP): Werden administrative Hindernisse abgebaut, werden die subventionierten Plätze mit den unsubventionierten Krippenplätzen gleichgestellt. Die Auswertung der Gesuche sollte am selben Ort geschehen, an dem auch das Gesuch für einen subventionierten Platz gestellt werden muss. Dies hat auch den Vorteil, dass die Krippenleiterinnen und Krippenleiter nicht gleichzeitig die Eltern kontrollieren müssen. Es handelt sich um eine administrative Vereinfachung und erleichtert den zwischenmenschlichen Umgang der Krippenleitung mit den Eltern.

Karin Weyermann (CVP): Wir sind dafür, die Krippen administrativ zu entlasten. Jedoch stellt dies einen Zusatzaufwand für die Verwaltung dar. Der Aufwand für die Krippen ist jedoch relativ gering.

Das Postulat wird mit 91 gegen 30 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat